

Linke Liste Wiesbaden



Informationen der Wählergruppe Linke Liste (LiLi) Wiesbaden zur Landtagswahl 2008

Die Wählergruppe Linke Liste Wiesbaden unterstützt die Kandidatur der Partei DIE LINKE bei den Wahlen zum Hessischen Landtag am 27. Januar 2008.

Am 27. Januar 2008 finden in Hessen die Wahlen zum Landtag statt. Neben den etablierten Parteien tritt zu diesen Wahlen erstmals die Partei DIE LINKE flächendeckend an. Die Wählergemeinschaft Linke Liste Wiesbaden betrachtet es als ihre Verpflichtung gegenüber den ihr nahestehenden Bürger/innen, zu diesen Wahlen eine klare Aussage zu machen. Bei der Linken Liste Wiesbaden handelt es sich um ein parteiunabhängiges Bündnis, in dem neben Parteilosern auch Mitglieder verschiedener linker Gruppierungen und Parteien, wie auch der Partei DIE LINKE mitarbeiten. In der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung ist die Linke Liste seit 2001 vertreten, seit den Wahlen 2006 mit drei Stadtverordneten. Entscheidendes Kriterium der Linke Liste Wiesbaden für eine Wahlempfehlung ist, ob und in welchem Maß die Positionen der LiLi aufgegriffen, gestärkt und auf Landesebene vertreten werden. Hält man sich vor Augen, welche Themen für die Linke Liste bei ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit von zentraler Bedeutung waren und sind, dann wird deutlich, dass die Partei DIE LINKE in hohem Maß ähnliche Vorstellungen für das Land Hessen vertritt wie die LiLi in Wiesbaden:

Beispielhaft genannt seien der Kampf gegen Hartz IV, eine an den Bedürfnissen der Mehrheit orientierte Sozialpolitik, eine zukunftsorientierte Schulpolitik, der Kampf für die Erhaltung öffentlicher Daseinsfürsorge gegen Privatisierungen, die Auseinandersetzungen gegen die Studiengebühren, eine konsequente Haltung gegen Rechtsradikalismus, Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit, das entschlossene Auftreten gegen den Atom-Reaktor Biblis ebenso wie gegen das geplante Mainzer Kohlekraftwerk, die Mobilisierung gegen den Flughafen-Ausbau, und nicht zuletzt der entschlossene Widerstand gegen die Verlegung des mitteleuropäischen US-Hauptquartiers nach Wiesbaden sowie der Kampf für eine Friedenspolitik, die diesen Namen auch verdient. Aus diesem Grund empfiehlt die Vollversammlung der Linken Liste Wiesbaden allen Bürgerinnen und Bürger, die ihr auf kommunaler Ebene das Vertrauen ausgesprochen haben, bei den Landtagswahlen ihre Stimme der Partei DIE LINKE und ihren Kandidatinnen und Kandidaten zu geben.

Koordinationsausschuss der
Wählergruppe Linke Liste
(LiLi) Wiesbaden

Am 27. Januar: DIE LINKE wählen!

Auf ihrer Vollversammlung am 30. November 2007 fasste die Wählergruppe Linke Liste (LiLi) Wiesbaden den Beschluss, sich für die Wahl der Partei DIE LINKE auszusprechen.

Wir gehen davon aus, dass diese Erklärung, die auch der Presse zugestellt wurde, wenn überhaupt, dann nur in Auszügen abgedruckt wird. Aus diesem Grund haben wir sie hier vollständig wiedergegeben.

Wir nutzen die Gelegenheit, die Kandidaten der Partei DIE LINKE, insbesondere jene, die als Stadtverordnete für die Linke Liste Wiesbaden tätig sind, den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern vorzustellen.

Die Kandidaten in Wiesbaden

Jörg Jungmann

Direktkandidat im Wahlkreis 30



Zur Person:

- 55 Jahre alt, Vater eines Sohnes, in Beziehung lebend
- 1970: Mittlere Reife
- 1970–1973: Ausbildung zum Schriftsetzer; Mitglied der IG Druck und Papier
- 1973–1974: Fachhochschulreife
- 1974–1975: Bundeswehr
- 1976–1979: Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung; Studium der Betriebswirtschaft in Berlin; Abschluss: Betriebswirt (grad.)
- 1979–1983: Studium an der Uni Bremen; Abschluss: Diplom-Ökonom
- 1984–2007: Bezirkssekretär der IG Druck und Papier, IG Medien und aktuell der ver.di Bezirk Frankfurt
- Februar 2007: Eintritt in WASG
- Juni 2007: Kreisvorsitzender der Partei Die Linke.Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Politische Schwerpunkte:

Meine politischen Aktivitäten sind im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär zu sehen, vom Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984 bis zu den derzeitigen Kämpfen in der Druckindustrie und der Papierverarbeitung. Aktuell müssen wir die Tariffähigkeit verteidigen und Ausgliederungen und Schließungen in der Industrie verhindern. Durch die Zunahme von Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen sowie der Arbeitnehmerüberlastung wird es immer schwerer, betriebliche Abwehrkämpfe zu organisieren. Ich stehe für die Verknüpfung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit ein, ohne die der neoliberalen Wirtschaftspolitik Tür und Tor geöffnet ist.

Hans Gerd Öfinger

Ersatzkandidat im Wahlkreis 30

LiLi



Zeitung der Wählergruppe
Linke Liste Wiesbaden

Der Wahlkreis 30 umfasst die Mitte von Alt-Wiesbaden, Nordost von Alt-Wiesbaden, Südost von Alt-Wiesbaden, Rheingauviertel/Hollerborn, Westend/Bleichstraße von Alt-Wiesbaden, Dotzheim, Frauenstein, Klarenthal und Schierstein.

Der Wahlkreis 31 umfasst Amöneburg, Auringen, Biebrich, Bierstadt, Breckenheim, Delkenheim, Erbenheim, Heßloch, Igstadt, Kastel, Kloppenheim, Kostheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach und Sonnenberg.

Hartmut Bohrer

Direktkandidat im Wahlkreis 31

Zur Person:

- Jahrgang: 1953
- Familienstand: Vater von drei Kindern
- Wohnort: Mainz-Kastel
- Beruf: Schulpsychologe

Politische Vita:

- Fraktionsvorsitzender der Fraktion Linke Liste Wiesbaden in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Stadtverordneter seit 2001
- 1985–2001 Ortsbeiratsmitglied in Mainz-Kastel
- 1997–2001 Ortsvorsteher in Mainz-Kastel
- zahlreiche Vereinsmitgliedschaften

Das möchte ich politisch erreichen:

- Eine soziale, ökologische, demokratische, antimilitaristische und antinazistische Politik auch in der hessischen Landeshauptstadt.
- Gemeinsames Aktivwerden gegen den Vorrang von Profitmaximierung und Machtpolitik für wenige Privilegierte zu Lasten von Millionen beschäftigten und erwerbslosen Frauen und Männern aller Generationen.
- Ich trete für eine Partei an, die der Umverteilung „von unten nach oben“ Widerstand entgegensetzt, für eine Partei, die gegen die unsozialen Hartz-IV-Gesetze und wachsende Militarisierung durch Rüstungsexporte und Bundeswehreinsätze aktiv ist.



Jürgen Becker

Ersatzkandidat im Wahlkreis 31

Zur Person:

- geboren 1946 in Wiesbaden verheiratet drei Kinder.
- Ausbildung zum Offsetdrucker, technischer Angestellter der Firma Keim in Langen-Mörfelden.
- 1972: Eintritt in die SPD, 4 Jahre Vorsitzender in Erbenheim
- 1981–1988: Ortsbeiratsmitglied, davon drei Jahre Fraktionsvorsitzender
- 2004: Austritt aus der SPD, Mitgründer der WASG in Wiesbaden
- 2005–2007: Stellvertretender und Kreisvorsitzender der WASG
- seit 2006: Stadtverordneter und sozialpolitischer Sprecher der Linken Liste mit Sitz im Sozial- und Finanzausschuss.

Politische Schwerpunkte:

- Für eine sozial gerechtes Hessen fordere ich: Weg mit Hartz IV; Ende des Stillstandes in der Landesentwicklung; Schaffung und Erhalt von bezahlbarem Wohnraum; keine Studiengebühren; wirkliche Bürgerbeteiligung bei allen wichtigen Projekten; mehr Mitspracherechte durch Bürgerentscheid und eine solide Finanzpolitik, die in schlechten Zeiten nicht in erster Linie den Bürgerservice einkassiert!



Zeitung der Wählergruppe
Linke Liste Wiesbaden

Januar 2008

„... eine grundsätzlich andere Sichtweise in der Politik durchsetzen ...“



Von links: Jürgen Becker, Stadtverordneter der Linken Liste Wiesbaden; Janine Wissler; Mechthilde Coigné, Stadtverordnete der Linken Liste Wiesbaden

Wie erreichen Sie die Wählergruppe Linke Liste Wiesbaden (LiLi)?

Koordinierungsgruppe:

Jürgen Lechner-Befard
Manuel Mergen
Helmut Peiler
Gottfried Schmidt

Vollversammlung der Wählergruppe Linke Liste Wiesbaden im Jahr 2008:

6. Februar, 27. Februar, 26. März,
7. Mai, 18. Juni, 30. Juli, 3. September,
15. Oktober, 19. November, 17. Dezember
Hilde-Müller-Haus, Café, ab 19 Uhr

Internet:

www.linke-liste-wiesbaden.de

Auflage: 4.000

V.i.S.d.P. und Gestaltung:
Gottfried Schmidt: 0611-2043816



Zeitung der Wählergruppe
Linke Liste Wiesbaden

Am 9. Januar fand im Hilde-Müller-Haus die letzte Vollversammlung der Wählergruppe Linke Liste vor den Landtagswahlen statt. Aus diesem aktuellen Anlass war Janine Wissler, Kandidatin auf Platz 3 der Landesliste der Partei DIE LINKE eingeladen worden.

Janine, Jahrgang 1981, kommt aus Frankfurt; wir zitieren eine Passage aus ihrer Kurzvorstellung:

„Das möchte ich politisch erreichen:

- Reichtum muss gerecht verteilt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Mehrheit der Gesellschaft durch ihre Arbeit Werte schafft, die von einer Minderheit besetzt, gehortet und verwaltet werden.
- DIE LINKE setzt sich ein gegen jede Form von Rassismus und Unterdrückung. Jeder Mensch muss gleiche Rechte und Chancen haben, unabhängig von seiner Hautfarbe, seiner Herkunft, seines Geschlechts oder seiner Religion.
- Die Bundeswehrtruppen müssen aus dem Ausland abgezogen werden, deutsche Soldaten haben weder am Hindukusch noch sonst wo auf der Welt etwas verloren.“

Stoff genug für eine intensive Diskussion, in deren Verlauf so gut wie kein Thema ausgelassen wurde. Ob Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Afghanistan, Hartz IV, Sozialpolitik: immer konnte die Kandidatin der LINKEN deutlich machen, dass ihre Partei die einzige ist, die sich konsequent den Kampf für die Interessen der kleinen Leute auf die Fahnen geschrieben hat.

- **DIE LINKE:** Die einzige Partei, die konsequent für einen Mindestlohn von 8 Euro ist. Wissler fragte: Was sei wohl von einer SPD zu halten, die in Berlin als Regierungspartei keinen Mindestlohn durchsetze, aber in Hessen nun eine Unterschriftenkampagne begonnen habe, und dies auch noch ohne Aussagen über die Höhe des Mindestlohns?
- **DIE LINKE:** Die einzige Partei, die konsequent gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Unternehmen ist, vor allem mit drei starken Argumenten: Privatisierung ist nicht billiger, Privatisierung vernichtet Arbeitsplätze, und Privatisierung hat den Abbau von demokratischer Kontrolle zur Folge.
- **DIE LINKE:** Die einzige Partei, die sich – auf allen Ebenen – entschieden gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens einsetzt.

Scharf kritisierte Frau Wissler die Kampagne von (Noch-)Ministerpräsident Koch gegen nicht-deutsche Jugendliche: Wie schon 1999 beginne er eine rassistische Hetzkampagne, um damit von den verheerenden Bilanz der Landesregierung abzulenken. Gerade in der Bildungspolitik habe die CDU-Landesregierung grandios versagt: „G 8“ und der damit verbundene Druck, die Luftblase „Unterrichtsgarantie plus“ und nicht zuletzt die Einführung von Studiengebühren seien Belege dafür.

Was Herr Koch unter „Sicherheit“ verstehe, sei ausschließlich Überwachung. Dabei habe gerade die CDU-Regierung den Bürgerinnen und Bürgern in vielen Lebensbereichen die Sicherheit genommen: bei den Arbeitsplätzen, im Gesundheitswesen, im Sozialwesen, in der Bildung.

So sei es kein Wunder, dass nur noch 15 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik für gerecht halten: und das, während die politische Klasse in Berlin und Wiesbaden den angeblichen Aufschwung predigt.

Entscheidend für die Entwicklung des Landes ist die Frage: Wem gehört der Reichtum, der in unserem Land erzielt wird? Nötig ist eine grundlegende Umverteilung: darum wird die Fraktion der LINKEN im Landtag als eine ihrer ersten Aktivitäten einen Antrag auf den Weg bringen, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, um damit soziale und Bildungsaufgaben zu finanzieren.

Die Diskussion in der gut besuchten Veranstaltung der Linken Liste machte deutlich, dass in der Bevölkerung der Unmut über persönlich erfahrene Ungerechtigkeiten und die Erfahrung von menschenunwürdigen Zuständen wachsen, aber immer noch viele Menschen sich selbst dafür die Schuld geben: soziale Ungerechtigkeit wird als persönliches Versagen missdeutet, nicht als „Fehler im System“. Daran etwas zu ändern, deutlich zu machen, dass die Betroffenen sich nicht für die immer schlechteren Verhältnisse verantwortlich machen müssen, sondern sich aktiv beteiligen, die wahren Schuldigen zu finden: Hier liegt die große Chance einer linken Politik.

Konsequenz daraus: Keine Politik über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern gemeinsam mit ihnen. Dann gibt es berechtigte Hoffnungen, dass erstmals seit 50 Jahren eine linke Kraft in den Hessischen Landtag einzieht.

